SoVD
Sozialverband
Deutschland

© iceteaimages - Fotolia

Sozialpolitische Bilanz 2014

Bericht der Abteilung Sozialpolitik

über die sozialpolitische Arbeit des SoVD im Jahr 2014

Barrierefreier Broschüreninhalt:
www.sovd.de/bilanz-2014

Sozialpolitische Bilanz 2014

Bericht der Abteilung Sozialpolitik
über die sozialpolitischen Aktivitäten des SoVD im Jahr 2014

Inhalt

Vorbemerkungen 2

Sozialpolitische Bilanz: zentrale Entwicklungen im Jahr 2014 3

Sozialpolitische Schwerpunkte des SoVD in 2014 6

1. Sozialstaat (Gabriele Hesseken) 6
2. Rentenpolitik (Ragnar Hoenig) 8
3. Politik für Menschen mit Behinderungen (Claudia Tietz) 10
4. Gesundheitspolitik (Fabian Müller-Zetzsche) 13
5. Pflegepolitik (Fabian Müller-Zetzsche) 15
6. Arbeitsmarktpolitik (Gabriele Hesseken) 17
7. Frauenpolitik (Dr. Simone Real) 19
8. Jugendpolitik (Maik Theede-Fagin) 21
9. Europäische Sozialpolitik (Stephanie Rinke) 23

Sozialpolitischer Ausblick auf das Jahr 2015 26

Anhang 29

1. Tätigkeitsbericht der Abteilung Sozialpolitik des SoVD über die Arbeit des Deutschen Behindertenrates (DBR), vorgelegt in der DBR-Vollversammlung am 3.12.2014 29
2. Aufgabenverteilung der Abteilung Sozialpolitik (Stand: Februar 2015) 39

Vorbemerkungen

Mit der Sozialpolitischen Bilanz 2014 legt die Abteilung Sozialpolitik zum dritten Mal in Folge einen Jahresbericht über die im zurückliegenden Jahr geleistete sozialpolitische Arbeit des SoVD vor. Dabei konnten zahlreiche Initiativen und Aktivitäten aus den vorangegangenen Jahren fortgeführt und intensiviert werden, die in den Sozialpolitischen Bilanzen 2012 und 2013 ausführlich dargestellt wurden. Diese Bilanzen sind als barrierefreie PDF-Dateien unter http://www.sovd.de/bilanz-2012 sowie http://www.sovd.de/bilanz-2013 verfügbar.

Ziel der sozialpolitischen Jahresberichte der Abteilung Sozialpolitik ist es, dem großen Interesse der Gliederungen und Mitglieder des SoVD am Umsetzungsstand der sozial- und frauenpolitischen Anträge der 19. Bundesverbandstagung vom November 2011 Rechnung zu tragen. Es soll deutlich werden, dass die vielfältigen sozial-, frauen- und jugendpolitischen Aktivitäten des SoVD auf Bundesebene ihren Ursprung in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden des SoVD haben.

Die Sozialpolitische Bilanz 2014 macht deutlich, dass der SoVD erneut in allen seinen politischen Wirkungsbereichen auf Bundesebene auf eine sehr engagierte Arbeit zurückblicken kann. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Geschäftsführung des Deutschen Behindertenrates (DBR), die dem SoVD im Jahr 2014 oblag. Ein ausführlicher Tätigkeitsbericht über diese Arbeit findet sich im Anhang 1 zu diesem Bericht. Ein weiterer Fokus des Verbandes lag im Bereich der Europäischen Sozialpolitik. Daher wird auch über die SoVD-Aktivitäten in diesem Bereich in einem gesonderten Kapitel berichtet.

Berlin, im Februar 2015

Ragnar Hoenig
Leiter Abteilung Sozialpolitik

Sozialpolitische Bilanz: zentrale Entwicklungen im Jahr 2014

Das Jahr 2014 war aus Sicht des SoVD ein durchaus erfolgreiches Jahr. Nach der Bundestagswahl 2013 hat die Große Koalition im ersten Regierungsjahr viele ihrer Versprechen aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht, die der SoVD bereits im Rahmen seiner Kampagne zur Bundestagswahl eingefordert hat. Damit gehen Leistungsverbesserungen einher, von denen auch viele SoVD-Mitglieder profitieren.

So wurde mit dem Rentenpaket der Bundesregierung Leistungsverbesserungen für Rentnerinnen und Rentner in einem Umfang beschlossen, wie es ihn seit vielen Jahrzehnten nicht gegeben hat. Von dem Rentenpaket profitieren z. B. Frauen, die seit dem 1.7.2014 eine höhere Mütterrente erhalten. Auch bei der Erwerbsminderungsrente gibt es bei Rentenbeginn ab 1.7.2014 deutliche Leistungsverbesserungen. Auf diesen Erfolgen darf sich der SoVD aber nicht ausruhen. Vielmehr gilt es, auch weiterhin mit aller Kraft für die rentenpolitischen Ziele des SoVD zu streiten.

In der Politik für Menschen mit Behinderungen blickt der SoVD ebenfalls auf ein bewegtes Jahr zurück. Als geschäftsführender Verband im Deutschen Behindertenrat (DBR) konnte der SoVD viele Debatten aktiv mitgestalten. Dies gilt insbesondere für das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales initiierte hochrangige Beteiligungsverfahren zur Reform der Eingliederungshilfe/Bundesteilhabegesetz, das im Jahr 2015 in ein Gesetzgebungsverfahren münden soll. Weiterhin konnte der SoVD mehrfach deutlich machen, dass Bund, Länder und Kommunen größere Anstrengungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention leisten müssen.

In der Gesundheitspolitik hat die Bundesregierung viele Versprechen aus dem Koalitionsvertrag für eine bessere medizinische Versorgung und für eine Stärkung der Prävention auf den Weg gebracht. Ungeachtet dessen fehlt es an einem gesundheitspolitischen Gesamtkonzept, sowohl im Hinblick auf die Versorgung als auch die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und die Einführung von einkommensabhängigen Zusatzbeiträgen machen einen engagierten Einsatz des SoVD erforderlich, um einseitige Mehrbelastungen der Versicherten künftig zu verhindern.

Auch in der Pflegepolitik konnten im Jahr 2014 wichtige Leistungsverbesserungen erreicht werden. So hat die Pflegereform 2014 eine Ausweitung der Betreuungsleistungen, eine An-

passung der Leistungshöhen an die Inflation, Leistungsflexibilisierungen, eine Entlastungsleistung für pflegende Angehörige und viele weitere Leistungsverbesserungen mit sich gebracht. Doch wichtige Projekte bleiben offen: So wird sich der SoVD auch weiterhin mit aller Kraft dafür stark machen, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff reformiert wird, damit mehr pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige von den Leistungsverbesserungen profitieren.

In der Arbeitsmarktpolitik wurde ebenfalls ein wichtiges Etappenziel erreicht: Im Juli 2014 hat der Deutsche Bundestag nach einer jahrzehntelangen Debatte einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn verabschiedet. Noch liegt dieser bei nur 8,50 Euro und sieht für viele Menschen Ausnahmen vor. Hier gilt es, für weitere Verbesserungen für die Menschen zu streiten. Wie diese aussehen könnten, hat der SoVD in seinem ebenfalls im Sommer 2014 veröffentlichten Konzept für eine Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik zur Diskussion gestellt.

Auch bei der Regelsatzbemessung konnten wichtige Erfolge erreicht werden: Zwar wurde die Regelsatzreform 2011 im Ergebnis nicht als verfassungswidrig aufgehoben. Allerdings haben das Bundesverfassungsgericht und das Bundessozialgericht der Bundesregierung deutlich gemacht, dass ihr Handlungsspielraum bei der Bemessung der Regelsätze klare Grenzen hat. Die höchstrichterlichen Entscheidungen ermutigen den SoVD, sich auch weiterhin für eine realitätsgerechte und verfassungskonforme Bemessung der Regelsätze einzusetzen.

In der Frauenpolitik konnte der SoVD sein Engagement für eine gleiche Entlohnung von Frauen und Männern weiter ausbauen. Wie in den vorangegangenen Jahren war der SoVD einer von drei Verbänden, die die zentrale Kundgebung zum Equal Pay Day am 21.3.2014 vor dem Brandenburger Tor in Berlin ausgerichtet haben. Dem unermüdlichen Einsatz der SoVD-Frauen und Männer ist es zu verdanken, dass der SoVD seit dem letzten Jahr auch im Beirat des Forums Equal Pay Day beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertreten ist.

Mit einem Positionspapier zu den Auswirkungen des Fiskalpaktes auf die soziale Sicherung in Deutschland hat der SoVD in diesem Jahr einen Handlungsschwerpunkt in der europäischen Sozialpolitik gesetzt. Fortgesetzt und verstärkt hat er sein europapolitisches Engagement mit zahlreichen und vielfältigen Initiativen zur Europawahl im Mai 2014. Flankiert wurden diese Aktivitäten durch die Wahlhilfebroschüre zur Europawahl, die die SoVD-Jugend in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben hat und mit 70.000 verteilten Exemplaren die erfolgreichste Publikation der beiden Organisationen war.

Das Jahr 2014 hat in vielerlei Hinsicht gezeigt, dass sich Beharrlichkeit und gute Argumente in der Sozialpolitik auszahlen. Viele Forderungen, für die der SoVD in den vergangenen Jahren gestritten hat, wurden im Jahr 2014 erfüllt. Viele Forderungen und Ziele des SoVD sind allerdings noch offen. Hinzu kommt, dass sich schon jetzt Entwicklungen abzeichnen, die ein beherztes Engagement des SoVD erforderlich machen, um sozialpolitische Verschlechterungen abzuwenden. Das Jahr 2014 bestärkt den SoVD darin, sich weiter für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen.

Sozialpolitische Schwerpunkte des SoVD in 2014

1. Sozialstaat (Gabriele Hesseken)

Anfang des Jahres 2014 veröffentlichte die Abteilung Sozialpolitik „**Positionen des SoVD zu den Auswirkungen des Fiskalpakts**“[1]. In dem Papier werden sowohl die Inhalte des Europäischen Fiskalpakts dargestellt als auch die Auswirkungen auf Daseinsvorsorge und Sozialversicherungen beleuchtet. Der SoVD warnt darin vor der Gefahr, dass die Politik den Fiskalpakt als Vorwand nutzt, um soziale Rechte und Standards abzubauen. Damit ist der SoVD einer der wenigen Verbände, die sich intensiv mit dem Thema Fiskalpakt beschäftigt. Am 11.2.2014 fand ein Gespräch mit ausgewählten Pressevertreterinnen und -vertretern statt, in dessen Verlauf über die Hintergründe und Positionen des SoVD zum Fiskalpakt intensiv diskutiert wurde[2].

Zum 1.1.2015 wurden die **Leistungen der Grundsicherung** für Arbeitsuchende angepasst. Bezieherinnen und Bezieher dieser Leistungen erhalten mit Beginn des Jahres 2015 höhere Regelsätze. Das Gleiche gilt für all diejenigen, die Leistungen der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII (Sozialhilfe) beziehen. Hierzu hat die Abteilung Sozialpolitik ein Sozial-Info mit dem Titel „Hartz IV – Höhere Regelsätze ab 2015“[3] herausgebracht. Darin macht der SoVD unmissverständlich klar, dass neben der Einführung eines transparenten Berechnungssystems eine weiter gehende Erhöhung der Regelsätze dringend geboten ist[4].

Das **Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum** setzte sich auch im Jahr 2014 – unter Beteiligung des SoVD – engagiert für eine solche Erhöhung ein. Unter dem Titel „Existenzsicherung mit und ohne Arbeit“ führte das Bündnis am 25.11.2014 eine erfolgreiche Fachtagung durch, in der es sowohl um die Forderung nach einer Regelsatzerhöhung als auch um Forderungen zur Eindämmung prekärer Beschäftigung ging. Im Rahmen der Tagung wurde die menschenrechtliche Fundierung der Bündnisforderungen betont. Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, welche positiven Effekte eine deutliche Anhebung des

1 Vgl. www.sovd.de/fiskalpakt/
2 http://www.sovd.de/2314.0.html
3 www.sovd.de/2433.0.html
4 Vgl. Antrag Nr. 74 des LV Schleswig-Holstein

Existenzminimums auf beinahe alle gesellschaftlichen Bereiche hätte, insbesondere auf die soziokulturelle Teilhabe von Kindern sowie auf die Ordnung am Arbeitsmarkt.

Bezug genommen wurde in der Veranstaltung auch auf die **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.7.2014 zur Regelsatzreform 2011**. Danach komme der Gesetzgeber mit der Festlegung der Regelsätze „an die Grenze dessen, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist“. Insbesondere die Regelungen zur Gewährung einmaliger regelsatzunabhängiger Leistungen, zur Mobilität, zu Energiekosten und dem Bildungs- und Teilhabepaket entsprechen nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz“.

Kritik musste der Gesetzgeber hinsichtlich der Regelsatzhöhe auch vom Bundessozialgericht (BSG) hinnehmen: Das BSG teilt die Einschätzung des SoVD[5], dass erwachsene Menschen mit Behinderung durch eine Eingruppierung in die **Regelbedarfsstufe 3** benachteiligt werden. In seiner Entscheidung vom 22.7.2014 hat das BSG klargestellt, dass erwachsenen erwerbsgeminderten Grundsicherungsbeziehenden, die bei ihren Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen, grundsätzlich der volle Regelbedarf der Stufe 1 zusteht.

Mit großer Sorge verfolgt die Abteilung Sozialpolitik das politische Vorhaben, das Leistungsrecht des SGB II massiv zu ändern. Unter Federführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) wurde bereits im Jahr 2013 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die **erhebliche Änderungen zum SGB II** plante. In verschiedenen Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern hat die Abteilung Sozialpolitik deutlich gemacht, dass weitere Verschärfungen vom SoVD nicht hingenommen werden. Im Gegenteil: Die unter der Überschrift „Rechtsvereinfachung im SGB II“ laufenden Reformvorhaben böten die Chance, überfällige Verbesserungen für die Beziehenden von SGB II-Leistungen vorzunehmen[6].

Auch in Sachen Zwangsverrentung hat der SoVD sein Engagement fortgesetzt. Mit Stellungnahme vom 27.11.2014 unterstützte der SoVD den Antrag der LINKEN, dass **ältere Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und –Bezieher** nicht gegen ihren Willen in eine Altersrente mit Abschlägen gezwungen werden dürfen[7]. Eine vorzeitige Inanspruchnahme der Rentenleistung dürfe nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

5 Vgl. www.sovd.de/neuordnung_der_arbeitsmarktpolitik, S. 26
6 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 72 des LV Nordrhein-Westfalen und Nr. 73 des Bundesvorstandes
7 www.sovd.de/fileadmin//downloads/sozpol-dok/pdf/2014-11-26-Stellungnahme_des_SoVD_zum_Antrag_Abschaffung_der_Zwangsverrentung.pdf

2. Rentenpolitik (Ragnar Hoenig)

Mit dem am 1.7.2014 in Kraft getretenen Rentenpaket der Bundesregierung wurden zentrale Forderungen der 19. Bundesverbandstagung teilweise erfüllt. So konnte im Hinblick auf die vom SoVD immer wieder geforderte Gleichstellung bei der **sog. Mütterrente**[8] erreicht werden, dass der Leistungsunterschied für vor bzw. ab 1992 geborene Kinder von zwei auf nur noch ein Erziehungsjahr reduziert wurde (vgl hierzu auch Kapitel 7). In seinen diesbezüglichen, ausführlichen Stellungnahmen vom 17.1.2014[9] und 29.4.2014[10] begrüßte der SoVD die Leistungsverbesserungen bei der sog. Mütterrente, hob aber gleichzeitig hervor, dass die vollständige Beseitigung der rentenrechtlichen Ungleichbehandlung bei der Erziehung von Kindern Ziel einer sozial gerechten Lösung bleiben müsse. Überdies müssten die Aufwendungen der Rentenversicherung für die sog. Mütterrente in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden.

Auch im Hinblick auf das Sicherungsniveau bei den **Erwerbsminderungsrenten** hat das Rentenpaket der Bundesregierung Leistungsverbesserungen mit sich gebracht, für die sich der SoVD in den zurückliegenden Jahren immer wieder eingesetzt hat.[11] So wurde die sog. Zurechnungszeit in einem Schritt – und nicht schrittweise bis zum Jahr 2029 wie von der Vorgängerregierung vorgeschlagen – von 60 auf 62 Jahre angehoben. Dadurch werden erwerbsgeminderte Menschen seit dem 1.7.2014 so gestellt, als hätten sie auf Grundlage ihres bisherigen durchschnittlichen Einkommens zwei Jahre länger gearbeitet. Bei einer durchschnittlichen Erwerbsminderungsrente kann allein dies zu einer Verbesserung von 40 Euro führen. In seinen zuvor genannten Stellungnahmen begrüßt der SoVD diese Leistungsverbesserung, stellt aber auch klar, dass die soziale Lage der erwerbsgeminderten Menschen weiter gehende Maßnahmen erfordert, insbesondere die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten[12]. Dies müsse auch für diejenigen gelten, die zum 1.7.2014 bereits eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben.

Mit der im Rahmen des Rentenpakets der Bundesregierung realisierten **Anhebung des Reha-Budgets** wurde eine weitere Forderung der 19. Bundesverbandstagung[13] zumindest

8 Vergleiche Sozialpolitisches Programm 2011, Seite 26 f.
9 Zur Stellungnahme vergleiche http://www.sovd.de/2303.0.html.
10 Zur Stellungnahme vergleiche http://www.sovd.de/2357.0.html.
11 Vergleiche Sozialpolitisches Programm 2011, Seite 25; Fünf-Punkte-Plan des SoVD, abrufbar als barrierefreie PDF-Datei unter: http://www.sovd.de/erwerbsminderung.
12 Vergleiche hierzu auch Stellungnahme des SoVD zur Beitragssatzverordnung 2015 vom 11.11.2014 unter http://www.sovd.de/2421.0.html.
13 Sozialpolitischer Antrag Nr. 22 des LV Hamburg.

teilweise erfüllt. In den oben genannten Stellungnahmen begrüßte der SoVD daher, dass der steigende Reha-Bedarf rückwirkend zum 1.1.2014 berücksichtigt wurde. Gleichzeitig forderte der Verband weitere Verbesserungen: Um sicherzustellen, dass einem nicht berechenbaren, aber tatsächlich bestehenden Reha-Bedarf Rechnung getragen werden kann, müsse der gesetzlich festgelegte Reha-Deckel vollständig abgeschafft und die Festlegung des Reha-Budgets der Selbstverwaltung der gesetzlichen Rentenversicherung übertragen werden.

Die Umsetzung der von der 19. Bundesverbandstagung geforderten **Verbesserung des Rentenniveaus** durch Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden Rente[14] wurde auch in diesem Berichtsjahr fortgesetzt. So wurden die Forderungen des SoVD[15] als Fachaufsatz in der Zeitschrift Soziale Sicherheit veröffentlicht[16] und damit erneut in der (Fach-)Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Darüber hinaus waren die Forderungen Gegenstand mehrerer Fachvorträge. In diesem Zusammenhang konnten zahlreiche weitere Forderungen des SoVD, wie z. B. die Abschaffung der rentenerhöhungsschädlichen, sozialabgabenfreien Entgeltumwandlung[17], weiterverfolgt werden.

Die Forderung der 19. Bundesverbandstagung nach Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen[18] stand im Mittelpunkt der Stellungnahme des SoVD zur **Rentenanpassung 2014**[19]. Darin stellt der Verband fest, dass die Kaufkraftverluste bei Rentnerinnen und Rentnern angesichts der Rentenanpassung zum 1.7.2014 von 1,67 % in den alten und 2,53 % in den neuen Bundesländern einerseits und der zu erwartenden Inflation nicht so hoch ausfallen werden wie in den vergangenen Jahren. Von einer Trendwende beim permanenten Wertverfall der Renten könne allerdings nicht die Rede sein. Vor diesem Hintergrund bekräftigte der SoVD seine Forderung, dass eine angemessene Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung nur erreicht werden könne, wenn die willkürlichen Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel gestrichen werden.

Auch die Forderung nach **Abschaffung der Rente mit 67**[20] wurde im Berichtsjahr bekräftigt. So stellte der SoVD in seinen Stellungnahmen vom 17.1.2014 und 29.4.2014 fest, dass die problematischen Folgen der Rente mit 67 durch die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren

14 Sozialpolitischer Antrag Nr. 17 des LV Nordrhein-Westfalen.
15 Als barrierefreie PDF-Datei unter http://www.sovd.de/rentenniveau.
16 Heft 2/2014, Seite 56 ff.
17 Sozialpolitischer Antrag Nr. 18 des LV Hamburg.
18 Sozialpolitische Anträge Nr. 15 des Bundesvorstandes und Nr. 16 des LV Rheinland-Pfalz/Saarland.
19 Zur Stellungnahme vergleiche http://www.sovd.de/2347.0.html.
20 Sozialpolitischer Antrag Nr. 19 des Bundesvorstandes.

nur für einen kleinen Teil der Versicherten abgemildert würden. Diejenigen Versicherten, für die keine entsprechenden Erleichterungen bei der Anhebung der Altersgrenzen geschaffen würden, würden dies als ungerecht empfinden. Dies treffe vor allem auf viele schwerbehinderte Menschen zu, deren abschlagsfreier Renteneintritt unverändert von 63 auf 65 Jahre angehoben wird.

Hinsichtlich der Diskussion um die **wachsende Altersarmut** konnte der SoVD an seine erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre anknüpfen. So veranstaltete der SoVD gemeinsam mit ver.di ein Fachgespräch am 16.12.2014, auf dem die Forderung nach Rentenfreibeträgen in der Grundsicherung[21] mit zahlreichen Fachleuten vertieft diskutiert und weiterentwickelt werden konnte. Im Jahr 2015 soll es hierzu weitere Aktivitäten geben, um Leitplanken für die dann beginnende Diskussion um die solidarische Lebensleistungsrente der Bundesregierung zu setzen.

Schließlich setzte der SoVD seine Mitarbeit in dem Bündnis für eine **gerechte Rentenangleichung Ost** fort. Auch in diesem Bereich soll es im Jahr 2015 weiter Aktivitäten geben.

3. Politik für Menschen mit Behinderungen (Claudia Tietz)

Am 11.6.2014 traf SoVD-Präsident Adolf Bauer die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) Sylvia Löhrmann zu einem Gespräch über die Umsetzung der **inklusiven Bildung**. Neben gesetzlichen Rahmenbedingungen standen qualitative und finanzielle Ressourcen, die Diagnostik sowie die Kompetenz der Fachkräfte für Inklusion im Focus. Wiederholt, auch pressewirksam[22], forderte der SoVD ein qualitätsgeleitetes, strukturiertes Vorgehen für inklusive Bildung bundesweit und befürwortete einen Masterplan. Die Forderungen erhob der SoVD-Präsident auch beim UNESCO-Gipfel für inklusive Bildung am 25./26.3.2014 in Bonn. Die dort verabschiedete „Bonner Erklärung“, die unter Mitwirkung des SoVD entstand, leistet einen wichtigen Beitrag für die dringend erforderliche Qualitätsdebatte. Es ist positiv zu werten, dass der Bundesbildungsbericht 2014 inklusive Bildung zum Schwerpunktthema macht und wichtige Daten liefert. Die vielfältigen SoVD-Aktivitäten zur inklusiven Bildung setzten die Beschlüsse der 19. BVT um[23].

21 Sozialpolitischer Antrag Nr. 10 des LV Schleswig-Holstein.
22 U.a. Pressemitteilung vom 19.3.2014, http://www.sovd.de/2335.0.html, vom 24.6.2014, http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID148714 und vom 3.11.2014, http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID154394.
23 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 26 des Bundesvorstandes, Nr. 27 des LV Nordrhein-Westfalen und Nr. 28 des LV Berlin-Brandenburg.

Deutlich intensiviert hat der SoVD im Jahr 2014 sein Engagement für **Barrierefreiheit**, um wichtigen Beschlüssen der 19. BVT Rechnung zu tragen[24]. Die Forderung nach strukturell verbesserter Barrierefreiheit unterstrich Präsident Bauer u. a. im Grundsatzreferat zur Evaluierung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) am 16.9.2014 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Der SoVD forcierte zudem die Erarbeitung politischer Eckpunkte zur Novellierung des BGG durch den Deutschen Behindertenrat[25], wirkte an der Erarbeitung eines Lastenheftes für barrierefreie Fernbusse mit, führte Gespräche zur Barrierefreiheit mit der Luftverkehrswirtschaft und arbeitete im Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit mit. Die verbindliche Umsetzung von Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft bleibt zentrale Aufgabe der für das Jahr 2015 erwarteten BGG-Reform.

Das Recht der **Nachteilsausgleiche** bildete einen weiteren Arbeitsfocus in 2014. Auf einem Kongress für Sozialmedizin im Juni 2014 unterstrich der SoVD, wie wichtig die Bemessung eines GdB für die Betroffenen, auch im Hinblick auf Nachteilsausgleiche wie Schwerbehindertenpauschbetrag, Rundfunkgebührenbefreiung oder Parkerleichterungen, ist. Der SoVD befürwortete, wie von der 19. BVT gefordert[26], den Erhalt und Verbesserungen der Nachteilsausgleiche. Fort führte der SoVD sein Engagement zur Rundfunkbeitragsfreiheit für behinderte Menschen: in der Presse[27] und mit einem Anschreiben an die Vorsitzende der Länderrundfunkkommission, Malu Dreyer, vom Mai 2014. Leider scheinen die Länder weiterhin nicht bereit, Rundfunkbeitragsfreiheit wieder einzuführen. Wie von der 19. Bundesverbandstagung gefordert,[28] wird der SoVD sein Engagement hier jedoch fortsetzen. Anlässlich der PKW-Maut stritt der SoVD im Sommer 2014 überdies für den Erhalt des Nachteilsausgleichs KFZ-Steuerbefreiung/-ermäßigung. Das Bundesverkehrsministerium reagierte umgehend und versicherte, Verschlechterungen zulasten behinderter Menschen werde es nicht geben; der Gesetzgebungsprozess wird für das Jahr 2015 erwartet. Die Ausweitung des Berechtigtenkreises für Parkerleichterungen[29] sind aktuell Gegenstand einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, deren Arbeit der SoVD begleitet. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen, jedoch erscheinen Verbesserungen für behinderte Menschen möglich. Erneuert hat der SoVD seine Forderung, den Schwerbehindertenpauschbetrag anzuheben[30]. In Schreiben an den

24 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 36 des LV Nordrhein-Westfalen und Nr. 37 des LV Schleswig-Holstein.
25 Veröffentlicht unter: http://www.deutscher-behindertenrat.de/mime/00084479D1410849836.pdf
26 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 38, 39 des LV Nordrhein-Westfalen und Nr. 40 des LV Berlin-Brandenburg
27 Vgl. Pressemitteilung vom 28.2.2014, http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID143144.
28 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 39 des LV Nordrhein-Westfalen.
29 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 40 des LV Berlin-Brandenburg
30 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 38 des LV Nordrhein Westfalen

Bundesfinanzminister und den Bundestag im Dezember 2014 unterstrich der SoVD das Erfordernis, die seit fast 30 Jahren unveränderten Beträge zu erhöhen.

Mit Nachdruck setzte sich der SoVD für die verbesserte Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** ein, wie die 19. Bundesverbandstagung dies gefordert hat[31]. Vor dem UN-Fachausschuss in Genf hatte der SoVD am 14.4.2014 Gelegenheit, die Positionen der deutschen Zivilgesellschaft unmittelbar vorzutragen und die großen Defizite, insbesondere bei der inklusiven Bildung und der beruflichen Teilhabe, zu verdeutlichen. Die vom Ausschuss beschossenen „Prüfungsfragen an die Bundesregierung“ spiegeln die Kritikpunkte wider. Das Prüfungsverfahren wird bis März 2015 fortgeführt und mit Empfehlungen für Deutschland abschließen; den politischen Prozess wird der SoVD weiter mit großem Engagement begleiten.

Die Reform der **Eingliederungshilfe/Bundesteilhabegesetz** bildete einen politischen Handlungsschwerpunkt in 2014. In Vorbereitung des Mitte 2015 beginnenden Gesetzgebungsverfahrens wirkt der SoVD im vorgeschalteten sog. hochrangigen Beteiligungsverfahren des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit und koordiniert maßgeblich die Positionen der Behindertenverbände. Es gelang, zu zahlreichen Fragestellungen (u. a. Teilhabe am Arbeitsleben, Bedürftigkeitsunabhängigkeit, Behinderungsbegriff, Bedarfsfeststellung, unabhängige Beratung, Trennung der Hilfen zum Lebensunterhalt von Fachleistungen, Pauschalierungen) einheitliche Positionen zu erarbeiten und zu veröffentlichen.[32] Im Rahmen dieser Debatte setzte sich der SoVD zentral auch für die Stärkung des Persönlichen Budgets ein, wie dies von der 19. Bundesverbandstagung gefordert wurde[33].

Seine Arbeit zur **beruflichen Teilhabe** behinderter Menschen führte der SoVD 2014, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der 19. Bundesverbandstagung[34] fort. Die Benachteiligung behinderter Menschen am Arbeitsmarkt sprach der SoVD-Präsident bei der Bundesarbeitsministerin am 7.5.2015 an; sie war zudem Thema im Beratenden Ausschuss der Bundesagentur für Arbeit und beim Teilhabebeirat im BMAS. In der DBR-Pressekonferenz am 2.12.2014 stand die Thematik ebenso im Focus[35].

31 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 42 des LV Rheinland-Pfalz/Saarland sowie Nr. 43 des LV Berlin-Brandenburg
32 Veröffentlicht unter: http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID156218
33 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 41 der Bundesjugendkonferenz
34 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 29 des Bundesvorstandes, Nr. 30, 33, 35 des LV Schleswig-Holstein, Nr. 31, 32, 34 der Bundesjugendkonferenz.
35 Vgl. http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID156115

4. Gesundheitspolitik (Fabian Müller-Zetzsche)

Ein Schwerpunkt der gesundheitspolitischen Arbeit im Jahr 2014 war erneut die **Patientenvertretung** im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Zur Kontaktpflege fanden Gespräche mit dem Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe sowie dem Patientenbeauftragten Karl-Josef Laumann statt. Inhaltlich engagierte sich der SoVD bei der Erarbeitung neuer Themen zu Versorgungsprogrammen für chronisch erkrankte Menschen. Auf Grund des Einsatzes vor allem auch des SoVD[36] wird zukünftig auch das Thema „chronischer Rückenschmerz“ auf der Agenda des G-BA stehen, das viele Patientinnen und Patienten betrifft.

Nachdem als Maßnahmen von CDU/CSU und SPD zur Umsetzung des Koalitionsvertrages die Verlängerung der Rabatte und Abschläge auf Arzneimittel im 13. SGB V-Änderungsgesetz verlängert wurden, folgte im 14. SGB V-Änderungsgesetz eine weitere Verlängerung und als Ausgleich dafür die Abschaffung der **Nutzenbewertung von Arzneimitteln** im Bestandsmarkt. Der SoVD hat gegen dieses Vorhaben mit einer Stellungnahme[37] eindeutig Position bezogen und davor gewarnt, die Nutzenbewertung aus Gründen der Bürokratie bei den pharmazeutischen Unternehmen abzuschaffen.

Ein weiteres Handlungsfeld war das Thema **elektronische Gesundheitskarte** (eGK). Seit dem 1.1.2014 existiert die Pflicht, eine neue eGK mit Foto zu nutzen. Der SoVD hat auf Grund vielfacher Nachfragen ein Sozial-Info[38] erarbeitet und in der Zeitung[39] ausführlich zu diesem Thema berichtet.

Thematischer Schwerpunkt im Frühjahr 2014 war die Neustrukturierung der **Finanzierung der GKV**. Im Rahmen des GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetzes (GKV-FQWG) wurde der mitgliederbezogene Beitragssatzanteil von 0,9 Prozent abgeschafft und der Beitragssatz der GKV auf 14,6 Prozent festgesetzt. Zugleich erhalten die Krankenkassen die Möglichkeit, einen weitergehenden Finanzbedarf über die Erhebung eines einkommensabhängigen Zusatzbeitrags einseitig bei den Versicherten zu decken. Seine grundsätzliche Ablehnung dieser Mehrbelastung der Versicherten hat der SoVD in Stellungnahmen[40] und Anhörungen deutlich gemacht.

SoVD und Volkssolidarität führten auch ein **Expertengespräch zum GKV-FQWG** durch. Im

36 Pressmitteilung des SoVD vom 22.8.2014, http://sovd.de/2390.0.html.
37 Stellungnahme des SoVD vom 10.2.2014, http://sovd.de/2313.0.html.
38 Sozial-Info des SoVD zur eGK aus 02/2014, http://sovd.de/2320.0.html.
39 SoVD-Zeitung Ausgabe 02/2014, http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/sovd-zeitung/sovd_2014_02_gesamt.pdf.
40 Stellungnahmen des SoVD vom 19.2.2014 und 14.5.2014, http://sovd.de/2318.0.html und http://sovd.de/2362.0.html.

Gespräch wurden die Auswirkungen des einkommensabhängigen Zusatzbeitragssatzes aus wissenschaftlicher Sicht erläutert. Prognosen zufolge könnte bereits ab 2020 mit einem Gesamtbeitragssatz von 10 Prozent für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu rechnen sein. Im Ergebnis intensivierten SoVD und Volkssolidarität in einem gemeinsamen Schreiben an den Gesundheitsminister und die Abgeordneten des Gesundheitsausschusses sowie über die Presse[41] und die SoVD-Zeitung[42] die Kritik an den künftigen Mehrbelastungen der Versicherten. Der SoVD hat seine Kritik an den einseitigen Belastungen der Versicherten auch mit einem Großflächenplakat am SoVD-Bundeshaus sichtbar gemacht Das GKV-FQWG ist in wesentlichen Teilen zum 1.1.2015 in Kraft getreten.

Schwerpunkt der Arbeit in der zweiten Jahreshälfte war das Gesetz zur **Stärkung der Versorgung** in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz – GKV-VSG), mit dem viele im Koalitionsvertrag vereinbarte Einzelmaßnahmen umgesetzt werden sollen. In einer Stellungnahme[43] begrüßte der SoVD die Zielsetzungen des Referentenentwurfs. Viele Maßnahmen, wie der geplante Innovationsfonds oder die veränderten Haftungsregelungen für Hebammen, sind aus Sicht des SoVD in der vorgesehenen Ausgestaltung aber kritisch zu sehen. Insgesamt fehlen Maßnahmen zur durchgreifenden Verbesserung der medizinischen Versorgung, darunter auch Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhaushygiene[44] und zur verbesserten Schulung von Gutachtern[45]. Seine Positionen hat der SoVD auch in einer Verbändeanhörung dargestellt. Ein Inkrafttreten ist für Mitte 2015 geplant.

Weiterer thematischer Schwerpunkt war – wie schon 2013 – das Thema **Prävention.** Zwar teilt der SoVD das mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention (Präventionsgesetz – PrävG) verbundene Ziel einer Stärkung der Prävention vor allem in Lebenswelten[46], dennoch beinhaltete der Entwurf zahlreiche Schwachstellen, wie die fehlende Beteiligung anderer Sozialversicherungsträger, der privaten Krankenversicherung und der Betroffenen. Der SoVD nahm umfassend Stellung[47] und vertiefte seine Kritik im Rahmen einer Anhörung des Bundesgesundheitsministeriums.

41 Pressmitteilung des SoVD vom 5.6.2014, http://sovd.de/2372.0.html.
42 SoVD-Zeitung Ausgabe Juli 2014, http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/sovd-zeitung/sovd_2014_07_gesamt.pdf.
43 Stellungnahme des SoVD vom 6.11.2014, http://sovd.de/2420.0.html.
44 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 50 vom LV Niedersachsen.
45 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 52 von der Bundesjugendkonferenz.
46 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 49 vom LV Niedersachsen.
47 Stellungnahme des SoVD vom 19.11.2014,: http://sovd.de/2424.0.html.

Auch auf europäischer Ebene setzte sich der SoVD für mehr Patientensicherheit ein und nahm auf Wunsch des Bundesgesundheitsministeriums zur auf EU-Ebene geplanten **Normierung von Gesundheitsdienstleistungen** Stellung[48]. Darin äußerte der SoVD die Befürchtung, dass hinter der Idee zur Normierung rein wirtschaftliche Interessen steckten. Zudem kritisierte er, dass das Verhältnis zu deutschen Normierungen nicht deutlich sei.

5. Pflegepolitik (Fabian Müller-Zetzsche)

Ein Schwerpunkt der pflegepolitischen Arbeit des SoVD war auch in 2014 die Vertretung der Betroffeneninteressen als **maßgebliche Organisation** im Bereich der Pflegeversicherung. Der SoVD hat Vertreterinnen und Vertreter für verschiedene Arbeitsgremien benannt und an vielen Beratungen teilgenommen. Nachdem sich Ende März 2014 die Mitwirkung zum ersten Mal jährte, zog der SoVD ein durchwachsenes Fazit. Während die Einbindung der Betroffeneninteressen grundsätzlich sehr zu begrüßen sei, fehle es neben einer finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Arbeit der Betroffenenvertreterinnen und vertreter vor allem an Konfliktlösungsinstrumenten für Interessenkonflikte, so dass viele Diskussionen und Vereinbarungen nur schleppend verlaufen oder blockiert werden.

Thematisch war das Jahr stark geprägt von der Debatte um die **Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs**[49][50]. Der SoVD führte zu diesem Thema Gespräche unter anderem mit dem Gesundheitsminister sowie dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung. Im Rahmen seiner Mitarbeit im Bündnis für GUTE PFLEGE beteiligte sich der SoVD maßgeblich an einer Fachveranstaltung am 2.4.2014 mit dem Titel „100 Tage nach der Wahl – Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!“. Vor der Veranstaltung wendeten sich die Bündnisorganisationen in einem vom SoVD mitinitiierten Appell[51] an den Gesetzgeber und forderten einen verbindlichen Zeitplan zur schnellstmöglichen Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

Der Schwerpunkt der pflegepolitischen Arbeit war die Begleitung der **Pflegereform 2014**. Wesentliche Inhalte des ersten Pflegestärkungsgesetzes sind die Ausweitung der Betreuungsleistungen, die Anpassung der Leistungshöhen an die Preisentwicklung (Dyna-

48 Stellungnahme des SoVD vom 29.9.2014, http://sovd.de/2417.0.html.
49 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 55 vom Bundesvorstand, Nr. 66 von der Bundesjugendkonferenz und Nr. 67 vom LV Schleswig-Holstein.
50 Pressmitteilung des SoVD vom 23.1.2014, http://sovd.de/2304.0.html.
51 Appell des Bündnisses für GUTE PFLEGE vom 1.4.2014, http://tinyurl.com/pflegeappell

misierung), Leistungsflexibilisierungen, die Einführung einer Entlastungsleistung (auch) für pflegende Angehörige[52], die Möglichkeit zur Nutzung von Sachleistungsmitteln für niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsleistungen sowie der Aufbau eines Pflegevorsorgefonds. In verschiedenen Stellungnahmen[53] und Anhörungen sowie in der Presse[54] hat der SoVD die vorgesehenen Leistungsverbesserungen und Leistungsveränderungen anerkannt, das Fehlen einer Dynamisierungsautomatik, das Fehlen eines verbindlichen Zeitplans für die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie die Verwendung von Beitragseinnahmen zum Aufbau eines Kapitalfonds aber deutlich kritisiert und zur Finanzierung stattdessen erneut eine Pflege-Bürgerversicherung gefordert[55]. Nachdem die im Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit der Umwidmung von Sachleistungsbeträgen zur Nutzung für **niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsleistungen,** die der SoVD ausdrücklich begrüßt hatte, immer stärker in die Kritik vor allem der Wohlfahrts- und Berufsverbände geraten war, hat der SoVD gemeinsam mit anderen Fachverbänden in einem Schreiben[56] ein Festhalten an der geplanten Regelung gefordert. Die Regelungen des ersten Pflegestärkungsgesetzes sind im Wesentlichen am 1.1.2015 in Kraft getreten.

Die Gesetzgebung zum 1. Pflegestärkungsgesetz hatte der SoVD zum Anlass für den Start der **SoVD-Initiative „Meine Pflege“**[57] genommen. Im Rahmen der Initiative sollte der Bedarf nach einer umfassenden Pflegereform deutlich gemacht und auf die Belastungen der von Pflege betroffenen Menschen hingewiesen werden. Die Initiative richtete sich an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Der SoVD rief dazu auf, der Politik Fragen zu stellen und hatte Mustertexte und Fachinformationen auf seiner Website[58] und auf dem SoVD-Videoportal[59] bereitgestellt. Im Rahmen der Kampagne veröffentlichte der SoVD auch das Positionspapier „Kostenrisiko Behandlungspflege – Positionen des SoVD für eine gerechte Finanzierung der medizinischen Behandlungspflege“.[60]

Der SoVD befasste sich auch mit dem Thema **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.** Mitte September 2014 haben das Bundesfamilienministerium sowie das Bundesarbeitsminis-

52 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 60 vom LV Rheinland-Pfalz/Saarland.
53 Stellungnahme des SoVD vom 4.6.2014 und 19.9.2014, http://sovd.de/2350.0.html, http://sovd.de/2398.0.html und http://sovd.de/2399.0.html.
54 Pressmitteilungen des SoVD vom 28.5.2014, 4.7.2014, 24.9.2014, 17.10.2014, http://sovd.de/2369.0.html, http://sovd.de/2382.0.html, http://sovd.de/2402.0.html, http://sovd.de/2409.0.html.
55 Vgl. Deutscher Bundestag, aktuelle Meldungen, http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_09/-/330730.
56 http://www.aok-bv.de/imperia/md/aokbv/politik/reformaktuell/pflege_informationen_druck.pdf
57 Pressmitteilung des SoVD vom 22.9.2014, http://sovd.de/2401.0.html.
58 www.sovd.de/meine-pflege.
59 www.youtube.com/user/SoVDTV.
60 SoVD-Positionspapier „Kostenrisiko Behandlungspflege, http://tinyurl.com/behandlungspflege.

terium einen Entwurf für ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf vorgelegt. Leider erfolgte die im Koalitionsvertrag angekündigte Zusammenführung der Regelungen der Pflegezeit und der Familienpflegezeit zu einer Regelung mit Rechtsanspruch nicht. Stattdessen wurden beide Einzelgesetze weiterentwickelt. Zukünftig haben alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf Pflegezeit (in Betrieben > 15 Beschäftigten) und Familienpflegezeit (in Betrieben mit > 25 Beschäftigten). Statt einer Lohnersatzleistung ist für diese Zeiträume ein zinsloses Darlehen vorgesehen. Zudem soll es für die bereits existierende zehntägige Auszeit ein Pflegeunterstützungsgeld analog der Regelungen des Kinderkrankengeldes geben. In Stellungnahmen[61] und Anhörungen kritisierte der SoVD vor allem die Unübersichtlichkeit der Regelungen und die Mindestbetriebsgrößen. Die Regelungen sind zum 1.1.2015 in Kraft getreten.

Ausgehend von der Diskussion um Pflegekammern hat sich der SoVD thematisch auch mit der **Situation der Altenpflegekräfte**[62] befasst und in seinen fachpolitischen Gremien vertiefte Positionen zu ihrer Anerkennung, Förderung und Entlastung erarbeitet.

6. Arbeitsmarktpolitik (Gabriele Hesseken)

Zehn Jahre nach Einführung der Hartz-Gesetze hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland verfestigt: Ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und gering qualifizierte Menschen haben nur wenige Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wurden die Geldleistungen für arbeitslose Menschen im letzten Jahrzehnt erheblich gekürzt. Die Arbeitslosenversicherung ist nicht mehr vorrangiges Sicherungsinstrument bei Arbeitslosigkeit; der Großteil der arbeitslosen Menschen ist auf Grundsicherungsleistungen (Hartz IV) angewiesen. Vor diesem Hintergrund hat die Abteilung Sozialpolitik ein umfassendes Positionspapier zur **Generalrevision von Hartz IV** erarbeitet, welches die Anträge der Landesverbände und des Bundesvorstandes zur Generalrevision von Hartz IV umsetzt[63].

Die Broschüre mit dem Titel **„Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik – Inklusion statt Hartz IV“**[64] fordert verbesserte finanzielle Leistungen bei Arbeitslosigkeit, sachgerechte Sozialversicherungsbeiträge für Bezieher und Bezieherinnen von Regelleistungen[65], eine pass-

61 Stellungnahme des SoVD vom 19.9.2014, http://sovd.de/2400.0.html
62 Vgl. Sozialpolitischer Antrag Nr. 68 vom LV Niedersachsen.
63 Vgl. Sozialpolitische Anträge Nr. 72 des LV Nordrhein-Westfalen und Nr. 73 des Bundesvorstandes
64 www.sovd.de/neuordnung_der_arbeitsmarktpolitik
65 Vgl. den sozialpolitischen Antrag Nr. 75 des LV Rheinland-Pfalz / Saarland

genaue und an den Kompetenzen der arbeitslosen Menschen orientierte Vermittlung sowie eine Neuorganisation auf Seiten der Arbeitsvermittlung. Am 30.7.2014 wurde das Positionspapier in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Die arbeitsmarktpolitischen Analysen und Forderungen des SoVD bestimmten im Sommer 2014 die gesamte mediale sozialpolitische Berichterstattung. Mit dem Positionspapier hat sich der SoVD als wichtiger Ansprechpartner mit Fachexpertise in der Verbändelandschaft positioniert.

Im Anschluss an die Veröffentlichung des Papiers fanden **Gespräche mit arbeitsmarktpolitischen Entscheidungsträgern** statt, in denen die Vertreter und Vertreterinnen des SoVD den dringenden Reformbedarf bezüglich des SGB II deutlich machten. Die Botschaft des SoVD wurde wahrgenommen: Anfang November 2014 stellte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland vor.

Mitte Juli 2014 wurde das Tarifautonomiestärkungsgesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet. Ab dem 1.1.2015 wird der **Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro** für alle Branchen, in Ost und West gleich, gelten. Bestimmte Personengruppen – z. B. Langzeitarbeitslose und Jugendliche unter 18 Jahren ohne Berufsausbildung – werden jedoch vom Mindestlohn ausgeschlossen. Der SoVD hat die Ausnahmeregelungen in seinen Stellungnahmen[66] vom 19.3.2014 zum Referentenentwurf des Tarifautonomiestärkungsgesetzes sowie vom 25.6.2014 zum Gesetzentwurf stark kritisiert.

Darüber hinaus beteiligte sich der SoVD aktiv am **Bündnis „Würde ist unteilbar – gegen Ausnahmen vom Mindestlohn“**. Am 28.5.2014 wurde ein gemeinsamer Aufruf[67] veröffentlicht, der sich gegen die Ausnahmeregelungen richtet. Höhepunkt der gemeinsamen Aktionen war eine Kundgebung in Berlin, die am 30.6.2014 anlässlich der Sachverständigenanhörung zum Tarifautonomiestärkungsgesetz im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales stattfand. Mit ihrem Engagement für die Durchsetzung eines Mindestlohns für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland setzte die Abteilung Sozialpolitik u. a. die Anträge des Landesverbandes Schleswig-Holstein und des Bundesvorstandes[68] um.

66 Vgl.www.sovd.de/2339.0htm. sowie www.sovd.de/2376.0.html
67 Vgl. www.sovd.de/fileadmin/downloads/sovd.../sovd_2014_06_s03.pdf
68 Vgl. Antrag Nr. 69 des Bundesvorstandes und Antrag Nr. 70 des LV Schleswig-Holstein

7. Frauenpolitik (Dr. Simone Real)

Wie von der 19. Bundesverbandstagung beschlossen, beschäftigten sich die Frauen im SoVD mit der Forderung nach einem **Abbau des Konstrukts „Bedarfsgemeinschaft“**[69]. Zur inhaltlichen Vorbereitung fand ein ausführlicher Diskussionsprozess im Ausschuss für Frauenpolitik statt. Die Frauen kritisierten, dass arbeitslose Frauen und Männer, die aufgrund der Anrechnung des Partnereinkommens aus dem Leistungsbezug fallen, dadurch ihre Rechte als Erwerbslose verlieren und praktisch keinen Zugang zu Arbeitsförderungsmaßnahmen haben. Auf diese Problematik wird eingehend in der SoVD-Broschüre „Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik - Inklusion statt Hartz IV“[70] eingegangen. Die Mitglieder des Ausschusses für Frauenpolitik begrüßten die SoVD-Broschüre ausdrücklich und beschlossen, sie bei künftigen frauenpolitischen Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern zu verteilen und das Thema weiterhin im Blick zu haben.

In der Frauenpolitik fand weiterhin ein enger Fachaustausch mit ver.di statt. So veranstalteten beide Organisationen die **10. Frauen-Alterssicherungskonferenz (FASK)** am 28.8.2014 in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle. Schwerpunkte der FASK waren das Rentenpaket aus frauenpolitischer Sicht, unterschiedliche Anforderungen und Bedürfnisse von Frauen und Männern bei einer Reha-Maßnahme sowie die Situation der Beschäftigten in typischen Frauenberufen[71].

Ein weiterer Schwerpunkt der frauen- und familienpolitischen Arbeit war die ebenfalls von der Bundesverbandstagung beschlossene Forderung nach einer **Einrichtung des Unterrichtsfaches Ernährungslehre an Schulen**[72]. Der Ausschuss für Frauenpolitik beschäftigte sich eingehend mit der Thematik und beschloss, sich dafür einzusetzen, dass einheitliche Curricula in den Bundesländern sowie gesetzliche Standards für die Produktion der Schulspeisungen mit Orientierung an den „DGE-Qualitätsstandard für die Schulverpflegung und die Verpflegung in Kindertageseinrichtungen“ geschaffen werden[73].

Ein anderer sehr wichtiger Schwerpunkt der frauenpolitischen Arbeit war die jährliche Mitwirkung am **Equal Pay Day am 21.3.2014**[74]. In Berlin war der SoVD auch 2014 Partner der

69 Frauenpolitischer Antrag Nr. 3 des Bundesvorstandes.
70 Siehe SoVD-Broschüre „Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik - Inklusion statt Hartz IV“; Juli 2014, S. 28, www.sovd.de/neuordnung_der_arbeitsmarktpolitik
71 Siehe Frauenpolitische Anträge Nr. 1 des Bundesvorstandes, Nr. 2 und Nr. 5 des LV Schleswig-Holstein sowie Tagungsdokumentation: 10. FASK, September 2014.
72 Frauenpolitischer Antrag Nr. 6 des LV Schleswig-Holstein.
73 Siehe Artikel „Ausschuss der Frauen berät über Ernährung“, SoVD-Zeitung, Mai 2014, S. 7 http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/sovd-zeitung/sovd_2014_05_s06.pdf
74 Siehe Sozial-Info „Equal Pay Day: Internationaler Aktionstag für Entgeltgleichheit“, http://www.sovd.de/2434.0.html

Kundgebung des DGB und des Deutschen Frauenrats am Brandenburger Tor[75]. Die Nachfrage nach Werbematerialien war so groß wie nie. Für den Tag hatte die SoVD-Bundesgeschäftsstelle 24.060 Rote Taschen (2013: 17.550 Rote Taschen), 26.010 Enten (2013: 17.800 Lineale), 24.270 Flyer (2013: 17.900 Flyer) herstellen lassen. Insgesamt haben auch 2014 an über 100 Standorten in allen Landesverbänden SoVD-Aktionen an dem Tag stattgefunden[76].

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat den SoVD gebeten, sich in einem neu zu berufenden **Beirat des Forum Equal Pay Day** zu beteiligen. Auch von 2014 bis 2017 wird das BMFSFJ das Forum Equal Pay Day fördern. Dem Ministerium ist es dabei ein Anliegen, den SoVD im Beirat Forum Equal Pay Day einzubinden. Ziel ist, sich für das gemeinsame Ziel Entgeltgleichheit einzusetzen, mit der EPD-Kampagnenarbeit die politische Debatte zu begleiten, Akzeptanz zu schaffen sowie weitergehende Vorschläge zu erarbeiten. Die erste Sitzung des Beirats fand am 1. September 2014 im BMFSFJ statt. Das Präsidium hat als Mitglied für den SoVD Bundesfrauensprecherin Frau Edda Schliepack, in Vertretung Frau Dr. Simone Real, benannt.

Alle **Landesfrauensprecherinnen** treffen sich jährlich zum Erfahrungsaustausch, 2014 in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Themen waren u. a. die Planung und Durchführung des Equal Pay Day, die Öffentlichkeitsarbeit der Frauen im SoVD sowie Aktuelles aus der Frauenpolitik, wie die Mütterrente, das Elterngeld Plus[77] und die Frauenquote[78]. Wichtig ist für die Frauen darüber hinaus eine gute Vernetzung untereinander.

Der SoVD hat in einem Sozial-Info zur so genannten **Mütterrente**[79] Stellung genommen. Der SoVD fordert schon seit vielen Jahren, die Ungleichbehandlung bei den Kindererziehungszeiten abzubauen, und begrüßt die Anhebung der Mütterrente daher als einen ersten Schritt hin zu einer vollständigen Beseitigung der Ungleichbehandlung. Die Gleichbehandlung muss aber – nach wie vor – Ziel einer sozial gerechten Lösung bleiben.[80]

Anfang April wurde die **Fraueninitiative „Gleiche Mütterrente in Ost und West“**, ins Leben gerufen. Beteiligt waren SoVD, Volkssolidarität, Deutscher Frauenrat, DGB und GEW. Die Frauen forderten die Rentenzahlungen bundesweit zu vereinheitlichen.

75 Siehe Gemeinsame Pressemitteilung zum Equal Pay Day - 20. März 2014: Equal Pay Day: DGB, Deutscher Frauenrat und SoVD fordern „Recht auf Mehr!“, http://www.sovd.de/2173.0.html
76 Siehe dazu SoVD-Landkarte in der SoVD-Zeitung, März-Ausgabe 2014, S.7.
77 Siehe Stellungnahme und Sozial-Info, http://www.sovd.de/2355.0.html
78 Siehe Sozial-Info, http://www.sovd.de/2356.0.html
79 Siehe Sozial-Info, http://www.sovd.de/2389.0.html
80 Vergleiche Kapitel 1.

Darüber hinaus fand im Jahr 2014 die **Bundesfrauenkonferenz** anlässlich des Jubiläums „95 Jahre frauenpolitisches Engagement im SoVD“ statt. Das Thema der Bundesfrauenkonferenz lautete „Frauen wehren sich gegen Gewalt“. Zur Thematik wurde ein Positionspapier veröffentlicht[81]. Auf der Konferenz wurde erstmalig der TV-Clip des SoVD gezeigt, der über Hilfe bei häuslicher Gewalt informiert[82]. Seit 2013 hilft ein bundesweites Telefon Frauen und Kindern in Not. Der Clip zeigt den hohen Nutzen dieser Hilfe und erklärt, wie sie funktioniert. Darüber hinaus machte der SoVD zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November auf die **hohe Dunkelziffer gewaltbetroffener Frauen**[83] aufmerksam.[84]

8. Jugendpolitik (Maik Theede-Fagin)

Als ein Kernprojekt der SoVD-Jugend in 2014 erwies sich die Publikation einer **Europawahlhilfebroschüre** in leichter Sprache. Die Herausgabe und Versand der Wahlhilfebroschüre „Wählen ist einfach: Die Europawahl“ bedeutete für die SoVD-Jugend einen massiven Erfolg. Insgesamt versendete die SoVD-Jugend mit dem Kooperationspartner der Bundeszentrale für politische Bildung von März bis Mai 70.000 Exemplare der Broschüre. Das inhaltliche und gestalterische Ziel der Wahlhilfe war die transparente Erklärung des Wahlvorganges der Europawahl am 25.5.2014 und die Darstellung der Institutionen der Europäischen Union[85]. Den Aufschlag zur Verteilung der Wahlhilfebroschüre bildete ein Presseevent in der Geschäftsstelle der Bundeszentrale für politische Bildung am 11.3.2014, bei dem 80 Journalisten und Interessierte anwesend waren. Am gleichen Tag veröffentlichte der SoVD eine Pressemitteilung anlässlich der Vorstellung der Broschüre[86]. Neben der Nachfrage der Druckauflage wurde der Film zur Broschüre von SoVD-TV zudem mehr als 22.000 Mal bei Youtube[87] abgerufen. Zudem ist das Projekt der Wahlhilfebroschüre, neben dem Wahl-O-Mat, bei der Bundeszentrale für politische Bildung, das erfolgreichste Produkt, das jemals vertrieben wurde.

Am 17.5.2014 fand in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle die diesjährige **Bundesjugendkonferenz** unter dem Motto „Eine Ausbildung für alle – Eine Zukunft in Europa“ statt. Grußworte

81 Siehe Positionspapier, http://www.sovd.de/FrauengegenGewalt
82 Siehe SoVD-TV-Clip, http://www.sovd-tv.de/2014/11/05/wege-aus-der-gewalt-hilfetelefon/
83 Siehe SoVD Pressemitteilung vom 24.11.2014, http://www.sovd.de/2425.0.html
84 Siehe Frauenpolitisches Programm des SoVD (2011), S. 23 f.
85 Sozialpolitischer Antrag Nr. 42 des LV Rheinland-Pfalz.
86 Pressemitteilung vom 11.03.2014, http://sovd.de/2330.0.html
87 https://www.youtube.com/watch?v=ZDj4E2mEAwc

wurden von dem Vizepräsidenten des SoVD, Gerhard Renner, dem Generalsekretär der Europa-Union, Christian Moos, und in einer Videobotschaft von Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, überbracht. Dementsprechend wurden die sozialpolitischen Anträge der SoVD-Jugend schwerpunktmäßig von dem Komplex Jugendarbeitslosigkeit bei Menschen mit und ohne Behinderungen in Deutschland und Europa dominiert[88]. Neben diesem Themenkomplex wurden Anträge zu folgenden Themengebieten beschlossen:

- Barrierefreiheit/Mobilität[89]
- Inklusion[90]
- Kinderrechte[91]
- Betreuungsgeld[92]
- Pflege von jungen Menschen mit Behinderungen[93]
- Assistenz[94]
- Arbeitslosengeld II/Restriktionen für junge Menschen unter 25 Jahre[95]

Insgesamt wurden auf der Grundlage der Empfehlungen der Antragskommission vom 5.4.2014 auf der Bundesjugendkonferenz achtzehn sozialpolitische Anträge beschlossen.

Zur Weiterleitung an die Europäische Kommission erarbeitete das Bundesjugendreferat eine **Jugendpolitische Resolution**[96] zur Arbeitsmarktsituation von jungen Menschen in Europa, die einstimmig von den Delegierten der Bundesjugendkonferenz beschlossen wurde.

Vom 24.-26.10.2014 fand auf Einladung des **Secours Populaire Francais** das Festival der Solidarität im französischen Nîmes statt. Es handelte sich hierbei um ein Treffen europäischer Jugendsozialverbände. Aus Deutschland nahmen eine Delegation der Volkssolidarität und eine Delegation der SoVD-Jugend teil. In Vorbereitung auf den inhaltlichen Teil des

88 Sozialpolitische Anträge Nr. 32 Bundesjugendvorstand, Nr. 33 des LV Schleswig-Holstein.
89 Sozialpolitischer Antrag Nr. 37 des LV Schleswig-Holstein.
90 Vgl. Jugendpolitisches Programm (2011) der SoVD-Jugend
91 Sozialpolitischer Antrag Nr. 4 Bundesjugendvorstand verabschiedet zur BJK 2014
92 Pressemitteilung vom 6.6.2012, http://sovd.de/2043.0.html; Sozialpolitischer Antrag Nr. 2 Bundesjugendvorstand verabschiedet zur Bundesjugendkonferenz 2014
93 Sozialpolitischer Antrag Nr. 61 des LV Nordrhein-Westfalen.
94 Vgl. Forderungen des SoVD zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ (2013)
95 Sozialpolitischer Antrag Nr. 3 Bundesjugendvorstand verabschiedet zur Bundesjugendkonferenz 2014
96 Vgl. Sozialpolitische Berichterstattung BV 11./12. September 2014

Festivals wurde vom Jugendreferat die Präsentation der SoVD-Jugend mit den sozialpolitischen Ausrichtungen und Schwerpunktthemen der Arbeit der SoVD-Jugend und des SoVD entworfen. Die Zielstellung der Teilnahme der Delegation wurde mit den geknüpften internationalen Kontakten und dem inhaltlichen sozialpolitischen Transfer erreicht.

9. Europäische Sozialpolitik (Stephanie Rinke[97])

Im Mai 2014 wurden die **Wahlen zum 8. Europäischen Parlament** durchgeführt. Da in den letzten Jahren die EU – nicht nur durch ihre Sparpolitik – immer wieder Entscheidungen mit Auswirkungen auf nationale Sozialpolitik und soziale Sicherungssysteme getroffen hat, war es für den SoVD wichtig, auch im Rahmen der Wahlen ein Zeichen für mehr soziale Gerechtigkeit zu setzen. Vor diesem Hintergrund hat der SoVD die Wahlen mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen begleitet: Es wurden Wahlprüfsteine[98] mit Positionen und Kernfragen zu den zentralen Verbandsthemen erarbeitet und an nahezu alle Kandidatinnen und Kandidaten zum Europaparlament mit der Bitte um Stellungnahme versandt. Die darauf eingegangenen Antworten waren in Anzahl und Umfang so groß, dass diese nur im Wahlportal ungekürzt vorgestellt werden konnten. Für die Mitglieder wurde in der SoVD-Zeitung eine entsprechende Auswertung und Zusammenfassung vorgestellt. Daneben wurde ein Wahlaufruf für ein friedliches und demokratisches[99] Europa veröffentlicht und durch die SoVD-Jugend eine vielbeachtete Wahlhilfebroschüre zur Europawahl[100] 2014 erstellt.

Die gute Kommunikation wurde im Nachgang zur Wahl durch schriftliche Kontaktaufnahme zu den neuen Parlamentsmitgliedern, Kommissions- und Ausschussmitgliedern weiter gefestigt. Ein thematischer Austausch (z. B. zum Freihandelsabkommen) findet statt. Auch die im Laufe des Jahres erstellten Stellungnahmen und Materialien trugen zu einer deutlichen Verstärkung des inhaltlichen Dialogs zwischen politischen Akteuren auf EU-Ebene und dem SoVD-Bundesverband bei. Hierbei sind nur exemplarisch die Stellungnahmen anlässlich der **„Überprüfung bestehender Mehrwertsteuer-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten durch**

97 Persönliche Referentin des Präsidenten; stephanie.rinke@sovd.de.
98 Alle Dokumente s. auch www.sovd.de/epw14.
99 Vgl. Sozialpolitisches Programm, Kapitel 10.
100 s. auch Kapitel 9 „Jugend im SoVD“.

die Kommission“[101] im April 2014 oder „Zur Normierung von Gesundheitsdienstleistungen auf europäischer Ebene“[102] im September 2014 zu nennen[103].

Besondere Bedeutung hatte 2014 die **Begleitung der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (kurz: TTIP).** Nicht nur im Rahmen einer „Stellungnahme anlässlich der Online-Konsultation der EU-Kommission zu den Modalitäten des Investitionsschutzes und der Investor-Staat-Streitbeilegung im Rahmen der TTIP“[104] im Juli 2014, sondern auch durch einen „Brandbrief“ des Präsidenten an politisch Verantwortliche, wie Bundeswirtschaftsminister Gabriel, wurden die Kritikpunkte des SoVD z. B. am intransparenten Verhandlungsprozess selbst sowie einigen bislang bekannt gewordenen Inhalten, deutlich gemacht. Die weitere Beobachtung und Bewertung des weiteren Prozesses wird einer der Schwerpunkte auch in 2015 sein.

Selbstverständlich werden und wurden daneben die Verbandsgliederungen fortlaufend über aktuelle Entwicklungen in der **EU-Förderpolitik** informiert, eigene niederschwellige Informationsveranstaltungen wie zum „Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ im Mai 2014 organisiert, Kontakte gefestigt und erweitert und der politische Austausch zum Themenkreis „Soziales Europa“ verstetigt.

Im Hinblick auf die Arbeit an **Verbandsstandpunkten** zum Themenkreis „Soziales Europa“ wurde nicht nur in den internen Arbeitskreisen, sondern auch im Rahmen von Sitzungen in externen Gremien[105], politischen Gesprächen sowie externen und internen Veranstaltungen Wissen generiert und interpretiert. Hervorzuheben sind dabei zwei Veranstaltungen:

In der Veranstaltung „Die soziale Krise der EU. Wer trägt die Kosten?“, die von SoVD und AWO Bundesverband gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen der Gerechtigkeitswoche am 12.3.2014 durchgeführt wurde, haben Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verbänden darüber diskutiert, ob die soziale Krise Europas mit erschreckend rasant wachsenden Jugendarbeitslosigkeitszahlen, stark beschädigten sozialen Sicherungssystemen oder sogar zum Erliegen gekommenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge an Deutschland tatsächlich „spurlos“ vorübergegangen ist. Im Ergebnis der Veranstaltung stand fest, dass strenges Sparen oder der Fokus auf wirtschaftliches Wachstum, genauso wenig wie die Abkehr von der Europäischen Gemeinschaft geeignet

101 http://www.sovd.de/2363.0.html.
102 http://www.sovd.de/2417.0.html.
103 Vgl. Sozialpolitisches Programm, Kapitel 10.
104 http://www.sovd.de/2392.0.html.
105 Z. B. im Fachausschuss für Internationales beim Deutschen Verein.

sind, um den **Herausforderungen der Krise** zu begegnen. Vielmehr muss Europa insofern neu gedacht werden, als dass soziale Zielansprüche innerhalb des europäischen Systems fest verankert werden müssen[106].

Auch der Sozialpolitische Ausschuss des SoVD-Bundesvorstandes (SPA) und der Bundesfachausschuss Soziales und Gesundheit der AWO befassten sich mit den aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen der europäischen Union. In der Expertenanhörung mit dem Titel „**Zukunft der Sozialversicherung in Europa“** am 27.10.2014 wurden weitere relevante Informationen für die Verbandspositionierung erarbeitet. Es wurde einmal mehr deutlich, dass es nicht nur besonders wichtig, sondern auch besonders schwierig ist, Verbandspositionen für ein „Soziales Europa“ zu entwickeln. Ein weiterer Schritt hin zu klaren Standpunkten wird neben der vorbereitenden Arbeit zur Bundesverbandstagung 2015 eine gemeinsame Erklärung von SoVD und AWO Bundesverband sein. Diese soll – ebenfalls vor dem Hintergrund der Bundesverbandstagung 2015 in ein entsprechendes Positionspapier[107] einfließen.

106 Siehe auch Materialien zum EU-Fiskalpakt, Details dazu in Kapitel 1 „Armut und Reichtum“; Informationen zur Veranstaltung: http://www.fes.de/gerechtigkeitswoche.

107 Vgl. auch Sozialpolitisches Programm, Kapitel 10.

Sozialpolitischer Ausblick auf das Jahr 2015

Im Jahr 2015 wird die Abteilung Sozialpolitik wesentlich mit den Vor- und Nachbereitungen für die 20. Bundesverbandstagung des SoVD im November 2015 befasst sein. Daneben lassen sich schon jetzt die folgenden Themen identifizieren, welche die sozial-, frauen- und jugendpolitische Arbeit des SoVD im Jahr 2015 stark prägen dürften:

- Schwerpunkt des **sozialstaatlichen Bereichs** der Abteilung Sozialpolitik im Jahr 2015 wird die Fortführung der erfolgversprechenden Arbeit im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum sein. Das erklärte Engagement für eine Anhebung des Regelsatzes auf ein existenzsicherndes Niveau ist auch im Jahr 2015 erklärtes Ziel der Abteilung Sozialpolitik.

- Im **rentenpolitischen Focus** des Jahres 2015 wird zunächst die Altersarmut liegen. Denn zur Umsetzung ihrer Vereinbarungen im Koalitionsvertrag wird die Bundesregierung spätestens im nächsten Jahr konkrete Vorschläge für die angekündigte solidarische Lebensleistungsrente vorlegen müssen. Weitere Schwerpunkte werden die Rentenanpassung 2015, die Schaffung flexibler Übergänge in die Rente sowie die geplante Reform des Betriebsrentenrechts sein. Schließlich wird die Abteilung Sozialpolitik mit verschiedenen Veranstaltungen befasst sein, wie z. B. einem Ostrentengipfel im Juni 2015 und einer Veranstaltungsreihe auf dem 11. Deutschen Seniorentag im Juli 2015.

- Im **behindertenpolitischen Focus** steht 2015 das Bundesteilhabegesetz, das die bisherige Eingliederungshilfe in ein neues Leistungsrecht überführen soll. Angesichts der sehr heterogenen Akteursgruppen (sozial-, finanz- und kommunalpolitische Interessen; Bund, Länder und Kommunen, Leistungsträger, -erbringer und Menschen mit Behinderungen etc.) wird der SoVD sich dafür einsetzen, dass die Reform zu echten Verbesserungen für behinderte Menschen führt und nicht zu Leistungsverschlechterungen missbraucht wird. Fragen der Teilhabe am Arbeitsleben einschließlich Ausbildung, der inklusiven Bildung, des persönlichen Budgets u.v.a.m. werden Gegenstand der Reform sein. Der SoVD wird diese, unter Berücksichtigung der umfangreichen Beschlusslage der 19. BVT[108], mit dem gewohnten großen Engagement begleiten.

- Schwerpunkte der **gesundheitspolitischen Arbeit** des SoVD in 2015 werden die Re-

108 Vgl. Sozialpolitischen Anträge Nr. 26, 29 des Bundesvorstandes, Nr. 27 des LV Nordrhein-Westfalen, Nr. 28 des LV Berlin-Brandenburg, Nr. 30, 33, 35 des LV Schleswig-Holstein und Nr. 31, 32, 34 der Bundesjugendkonferenz.

form der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz), die Stärkung der Prävention (Präventionsgesetz) sowie die Krankenhausreform sein. Darüber hinaus wird der SoVD sich als Teil der Interessenvertretung der Patientinnen und Patienten nach § 140f SGB V in den vielen Beratungssettings auf Bundesebene (v.a. Gemeinsamer Bundesausschuss) und Landesebene (Zulassungsausschüsse, Landesausschüsse u.a.) für die Interessen der Patientinnen und Patienten einsetzen. Die bessere Unterstützung der Patientenvertretung auf Landesebene wird dabei einen Schwerpunkt bilden.

- Zentrale **pflegepolitische Aufgabe** des SoVD in 2015 wird die Begleitung der Pflegereform 2015, dem sogenannten zweiten Pflegestärkungsgesetz, dessen zentrale Inhalte die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des neuen Begutachtungsassessments (NBA) sein werden. Der SoVD wird seine intensive Mitarbeit im Bündnis für GUTE PFLEGE fortsetzen. Außerdem wird der SoVD seine Aufgaben als Vertreter der Betroffeneninteressen nach § 118 SGB XI in den verschiedenen Beratungssettings und Gremien fortführen und sich in diesem Zusammenhang insbesondere für eine verbesserte Unterstützung dieser Arbeit einsetzen. Darüber hinaus wird der SoVD sich mit einer pflegepolitischen Fachveranstaltung am Deutschen Seniorentag 2015 beteiligen.

- Im Bereich **Arbeitsmarktpolitik** wird die Abteilung Sozialpolitik schwerpunktmäßig die Vorhaben der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, Reformen im Bereich des SGB II durchzusetzen, kritisch begleiten. Um die eigenen arbeitsmarktpolitischen Forderungen, publiziert im Positionspapier „Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik – Inklusion statt Hartz IV“ weiterhin in der Öffentlichkeit zu diskutieren, wird im Februar 2015 zu diesem Thema eine Fachtagung in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD stattfinden. Auch die praktische Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Mindestlohns wird der SoVD begleiten.

- In der **frauenpolitischen Arbeit** des SoVD soll die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem DGB und dem Deutschen Frauenrat zum Equal Pay Day auch 2015 fortgesetzt werden. Das Thema zur Kampagne 2015 lautet „Spiel mit offenen Karten: Was verdienen Frauen und Männer?“[109]. Ein weiterer frauenpolitischer Schwerpunkt wird die Weiterführung der Fraueninitiative „Gleiche Mütterrente in Ost und West“ sein. Ferner wird sich der SoVD wieder am Girls‘ Day 2015, dem Mädchen-Zukunftstag beteiligen. Der Girls‘ Day leistet einen zentralen Beitrag für mehr Chancengleichheit von Frauen in der

109 Frauenpolitischer Antrag Nr. 3 des Bundesvorstandes

Berufswelt[110]. Aufgrund der sehr positiven Resonanz der 10. FASK im August 2014 in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle wollen ver.di und SoVD auch 2015 wieder eine gemeinsame FASK am 9. Juli veranstalten.

- Die SoVD-Jugend wird in diesem Jahr die Ausbildungsplatzsituation junger Menschen mit Beeinträchtigungen in der Bundesrepublik Deutschland zu ihrem **jugendpolitischen** Schwerpunktthema machen. Im Rahmen unseres diesjährigen Bundestreffens vom 29.5. bis 1.6. werden wir uns mit Kooperationspartnern der SoVD-Jugend, wie den Jugendorganisationen der Gewerkschaften und Jugendorganisationen der im Bundestag befindlichen Parteien und Akteuren der Arbeitgeberverbände und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie den Handels- und Handwerkskammern kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen.
- Die Herausforderung, eine Brücke zu schlagen zwischen einerseits der Forderung nach einem stärkeren sozialen Korrektiv der meist allein fiskal- und wirtschaftspolitisch geprägten Entscheidungen der EU und andererseits der Beachtung der Souveränität und Gesetzgebungskompetenzen der Mitgliedsstaaten, wird den SoVD auch in 2015 bewegen. Daneben werden im Bereich „**Soziales Europa**“ die Überarbeitung der Strategie 2020 durch die Kommission, der Diskurs zu Chancen und Risiken einer Europäischen Arbeitslosenversicherung, der Koordinierung der Ansprüche auf Sozialleistungen sowie eine Antidiskriminierungsrichtlinie zu begleiten sein.

110 Siehe Frauenpolitisches Programm des SoVD (2011), S. 7 f.

Anhang

1. Tätigkeitsbericht der Abteilung Sozialpolitik des SoVD über die Arbeit des Deutschen Behindertenrates (DBR), vorgelegt in der DBR-Vollversammlung am 3.12.2014

a.) Hochrangige politische Gespräche

6.3.2014	Gespräch des DBR-Sprecherrats mit der Bundesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen Verena Bentele
10.4.2014	Gespräch des DBR-Sprecherrats mit Corinna Rüffer, MdB, behindertenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion
10.4.2014	Gespräch des DBR-Sprecherrats mit Uwe Schummer, MdB, behindertenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
15.4.2014	Gespräch des DBR-Sprecherrats mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Nahles (BMAS)
11.6.2014	Gespräch des DBR Sprecherrats mit der amtierenden Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Sylvia Löhrmann
27.6.2014	Gespräch des DBR-Sprecherrats mit Kerstin Tack, MdB, behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
27.8.2014	Gespräch des DBR-Sprecherrates mit der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel
10.7.2014	Sitzungen des Hochrangigen Beteiligungsgremiums Bundesteilhabegesetz unter Beteiligung von zehn Verbänden des DBR
17.9.2014	Sitzungen des Hochrangigen Beteiligungsgremiums Bundesteilhabegesetz unter Beteiligung von zehn Verbänden des DBR

14.10.2014 Sitzungen des Hochrangigen Beteiligungsgremiums Bundesteilhabegesetz unter Beteiligung von zehn Verbänden des DBR

19.11.2014 Sitzungen des Hochrangigen Beteiligungsgremiums Bundesteilhabegesetz unter Beteiligung von zehn Verbänden des DBR

b.) Weitere Gesprächstermine

3.3.2014 Gespräch des DBR-Sekretariats mit einer japanischen Forschergruppe zur strukturellen Implementierung des Art. 33 BRK in Deutschland

17.10.2014 Gespräch des DBR mit Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft im Hinblick auf kontinuierlichen Austausch mit dem DBR

1.12.2014 Gespräch des DBR mit dem BMAS zum Entschädigungsfonds Heimkinder Behindertenhilfe

c.) Stellungnahmen und Positionspapiere des DBR 2014

- Unterstützungsschreiben und Publikation für Prof. Theresia Degener für die Wiederwahl zum UN-Fachausschuss (Februar 2014).
- Gemeinsames Positionspapier zur Eingliederungshilfe/Bundesteilhabegesetz von DBR, BAG FW und Fachverbänden (Mai 2014).
- Eckpunktepapier des DBR zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (September 2014) sowie ergänzendes Papier zur Schnittstelle AGG und BGG.
- Stellungnahme des DBR zur Verankerung inklusiver Bildung in diversen Fachprofilen anlässlich deren Überarbeitung in der KMK (September 2014).
- Stellungnahme des DBR und der anderen maßgeblichen Patientenorganisationen nach § 140 f SGB V zur Normierung von Gesundheitsleistungen (September 2014).
- Schriftliche Positionen der DBR-Verbände im Hochrangigen Beteiligungsverfahren Bundesteilhabegesetz zu den Themenfeldern (September bis Dezember 2014).
    - Behinderungsbegriff
    - Bedarfsfeststellungsverfahren

- Trennung Fachleistung-HLU, Beratung
- berufliche Teilhabe
- Soziale Teilhabe
- Bedürftigkeitsunabhängigkeit der Fachleistungen
- Pauschalierung von Leistungen

- Grundsatzforderungen des DBR „Für einen behindertenpolitischen Aufbruch 2015“ vom 2.12.2014.

d.) Referate/Redebeiträge des DBR-Sprecherratsvorsitzenden sowie anderer DBR-Sprecherratsmitglieder

- O-Ton Herr Bauer für Werbespot zur Unterstützung Prof. Degener (s. o.), 11.3.2014.
- Rede Herr Bauer zum Reformbedarf BGG auf dem BMAS-Workshop, 16.9.14
- Podiumsdiskussion Frau Vieweg beim 3. Forum Mobilität für Menschen mit Behinderungen am 10.11.2014.
- Jubiläumsveranstaltung zum 25jährigen Bestehen des UN-Kinderrechte, Teilnahme Herr Langguth-Wasem am 20.11.2014.
- Rede Frau Vieweg im Rahmen der Inklusionstage des BMAS am 24./25.11.2014.
- Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung: Frau Vieweg, Sitzung am 27.11.2014.

e.) Weitere durch DBR-Vertreter wahrgenommene Einzeltermine

- EDF-Generalversammlung am 17./18. Mai 2014 in Zagreb: Teilnahme für den DBR: Herr Maier (VdK) und Herr Dr. Seifert (ABiD).
- Expertenworkshop der AG Bundesbildungsforschungsnetz 7./8. Juli 2014 „Inklusion in der Berufsbildung“, Herr Denninghaus (DBSV).

- Gespräch mit chinesischer Delegation in Deutschland auf Einladung von Otto Bock am 12. September 2014, Dr. Ilja Seifert (ABiD).
- Diskussionsveranstaltung zur beruflichen Teilhabe der Fr.-Ebert-Stiftung am 26. September 2014, Herr Denninghaus (DBSV).
- BMAS-Veranstaltung zum Recht der Schwerbehindertenvertretung am 21. Oktober 2014, Frau Czennia (VdK).
- Gesprächskreis des BMJ zur „Qualität in der Betreuung“, Herr Müller-Zetzsche (SoVD).
- Fachtagung zur inklusiven Bildung am 26. November 14, Mitwirkung Herr Delgado (DBSV).

f.) Sitzungen des DBR-Arbeitsausschusses sowie ergänzender Arbeitsgruppen

21.1.2014	Sitzung des Arbeitsausschusses
24.3.2014	Sondierungstreffen Bundesteilhabegesetz des DBR mit BAG der Freien Wohlfahrtspflege und Fachverbänden
1.4.2014	Sitzung des Arbeitsausschusses
8.5.2014	DBR-Arbeitsgruppe zum BGG
17.6.2014	Sitzung des Arbeitsausschusses
3.9.2014	Sitzung der DBR-Arbeitsgruppe Europa
23.9.2014	Sitzung des Arbeitsausschusses
22.10.2014	DBR-Arbeitsgruppe zur Schnittstelle BGG & AGG
31.10.2014	DBR-Arbeitsgruppe zum Lastenheft Fernbusverkehr
4.11.2014	Sitzung des Arbeitsausschusses

g.) Pressmitteilungen und Pressepublikationen

- Presse-O-Ton: Zur Studie Caritas zu Gewalt 1-2/2014
- Presse-O-Ton: Zu Paralympics (Bahncard Gold nicht für Paralympics-Goldmedaillien) 3/2014
- 28. Februar - Rundfunkbeitrag: DBR fordert Rückkehr zum Nachteilsausgleich
- 26. März – 5 Jahre BRK: DBR sieht Notwendigkeit, für Behindertenrechtskonvention aktiv zu werden
- 2. Mai – Europäischen Protesttag der Menschen mit Behinderung: DBR fordert umfassende Gesetzesreform zur vollen und wirksamen Teilhabe
- 23. Mai – Wahlaufruf des DBR zum Europäischen Parlament: Für ein barrierefreies und demokratisches Europa
- 27. Mai – Bundesteilhabegesetz: DBR, Freie Wohlfahrtspflege und Fachverbände legen gemeinsame Positionen für Bundesteilhabegesetz vor
- 24. Juni – Inklusive Bildung: Schwerpunkt Inklusion im Bildungsbericht verstetigen
- 22. August – Gesundheit: Presseerklärung zur Sitzung des Gemeinsamen Bundesausschusses: Patienten setzen Rückenschmerz und Rheuma auf die Agenda
- 16. September – Barrierefreiheit: DBR fordert Konsequenzen aus der Evaluationsstudie zum BGG zu ziehen
- 17. Oktober: Namensbeitrag Adolf Bauer zum Bundesteilhabegesetz im Fachmagazin Gegenwart
- 3. November – Bildung: DBR fordert, Kooperationsverbot zugunsten inklusiver Bildung abzuschaffen
- 2. Dezember – Pressekonferenz: DBR präsentiert Grundsatzforderungen für einen behindertenpolitischen Aufbruch 2014

h.) Allgemeiner Schriftwechsel

- Schreiben des DBR vom 10. Februar 2014 mit der Bitte um ein Gespräch betreffend die Fortentwicklung des Nationalen Aktionsplans, der verstärkten Umsetzung von Barrierefreiheit und Weiterentwicklung der Teilhabeberichterstattung, an:
  - Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Andrea Nahles, MdB
  - Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen,
  - Frau Verena Bentele
  - Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast, MdB
  - Behindertenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Corinna Rüffer, MdB
  - Behindertenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Uwe Schummer, MdB
  - behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Katrin Werner, MdB
- Schreiben des DBR vom 26. Februar 2014 an KMK-Präsidentin Löhrmann zur DBR-Beteiligung an Arbeiten der KMK.
- Schreiben des DBR vom 26. Februar 2014 an Herrn Dr. Schmachtenberg, Leiter Abt. V im BMAS zur Unterstützung der Fachstelle Barrierefreiheit.
- Schreiben des DBR vom 3. März 2014 an Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Schwesig sowie vom 7. März 2014 an den Bundesminister der Justiz, Herrn Maas, in denen um Konkretisierung des beabsichtigten besseren Strafrechtsschutzes für widerstandsunfähige Opfer sexueller Gewalt gebeten wurde.
- Schreiben des DBR vom 18. März 2014 an behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack mit der Bitte um ein Gespräch zur Reform der Eingliederungshilfe, Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes, berufliche Teilhabe und inklusive Bildung.

- E-Mail des DBR vom 1. April 2014 an Herrn Dr. Schmachtenberg mit der Bitte um ein Gespräch in der Sitzung des Arbeitsausschusses am 17. Juni 2014.
- Schreiben des DBR vom 7. April 2014 an das Deutsche Jugendinstitut (Frau Bertsch) zur Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes – Jugendgewalt. DBR bietet Unterstützung im Evaluierungsprozess an.
- Schreiben des DBR vom 16. April 2014 an Herrn Oettinger mit der Bitte um Unterstützung für den European Disability Act.
- Versendung von Wahlprüfsteinen des DBR zur Europawahl am 18. April 2014 an nahezu alle deutschen Kandidaten des Europäischen Parlaments.
- Gemeinsames Schreiben von DBR und EDF vom 27. April 2014 an die deutschen Kandidaten für die EU-Kommissionspräsidentschaft, Herrn Schulz (SPD) und Frau Keller (Grüne), um sie zu zentralen behindertenpolitischen Positionen (5 key questions) zu befragen.
- Schreiben des DBR vom 12. Mai 2014 an Frau Dreyer, Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder zum Rundfunkbeitragsrecht und Barrierefreiheit.
- Schreiben des DBR vom 23. Mai 2014 an Bundestagabgeordnete, Parteivorsitzende von CDU, CSU, FDP, Grünen und Linkspartei, Bundesministerin Nahles, Ministerpräsidenten aller Länder, Länder- und Bundesbehindertenbeauftragte zur Übersendung des gemeinsamen Positionspapiers von DBR, BAGFW und Fachverbänden zum Bundesteilhabegesetz.
- Einladungsschreiben des DBR vom 28. Mai an Frau Bundesministerin Nahles im Hinblick auf die Veranstaltung am 3. Dezember 2014.
- Einladungsschreiben des DBR (per Mail) vom 28. Mai an die behindertenpolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen im Hinblick auf die Veranstaltung am 3. Dezember 2014.
- Einladungsschreiben des DBR (per Mail) vom 28. Mai an die Bundesbehindertenbeauftragte, Verena Bentele im Hinblick auf die Veranstaltung am 3. Dezember 2014.
- Einladungsschreiben des DBR vom 18. Juni an Frau Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Susanne Baer im Hinblick auf die Veranstaltung am 3. Dezember 2014.

- Schreiben des DBR vom 16. Juni an den Intendanten des ZDF mit der Bitte, bei der Besetzung des ZDF-Fernsehrats zukünftig Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen.
- Schreiben des DBR vom 25. Juli an den Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz der Länder, Herr Reinhard Meyer zur Eruierung des aktuellen Umsetzungsstandes zum Lastenheft im schienengebundenen Regionalverkehr.
- Schreiben des DBR vom 7. August an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Winfried Kretschmann mit der Bitte um Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung bei der Besetzung des ZDF-Fernsehrates.
- Schreiben des DBR vom 27. August an den Verein der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des BSG zur Stellungnahme hinsichtlich der Mitgliedschaft im Verein der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.
- Schreiben des DBR vom 11. September an den Vorsitzenden der Arbeits- und Sozialministerkonferenz Herrn Schweitzer zur Entschädigung von Heimkindern in Heimen der Behindertenhilfe und Psychiatrie.
- Schreiben des DBR vom 26. September an die Bundesregierung Düsseldorf im Hinblick auf eine mögliche Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.
- Schreiben des DBR vom 20. Oktober an alle deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Blick auf die Konstituierung der Intergroup Disability.
- Schreiben des DBR vom 22. Oktober an Bundeskanzlerin Merkel sowie die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Deutsche Institut für Menschenrechte.
- Schreiben des DBR vom 24. Oktober an den Arbeitskreis und Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen (SBV) in Deutschland, Herrn Diedenhofen zur Unterstützung der Arbeit der SBVen bzgl. der Reformvorschläge in der Kölner Erklärung „Die Schwerbehindertenvertretung als Motor der Inklusion“.
- Schreiben des DBR vom 7. November 2014 an das BMAS im Hinblick auf die Überarbeitung der versorgungsmedizinischen Grundsätze (6. VO zur Änderung der VersMedVO).

- Außerdem: Wöchentliche Rundschreiben des DBR-Sekretariates 2014 an den DBR-Sprecherrat und Arbeitsausschuss, um über wichtige Vorgänge, Termine und Posteingänge im DBR-Sekretariat zu informieren und Abstimmungsprozesse zwischen den Sitzungen zu ermöglichen.

i.) Benennungen des DBR für diverse Gremien

- Schreiben des DBR vom 28. Februar an das BMAS, Frau Prof. Dr. med. Erika Gromnica-Ihle (Deutsche Rheuma-Liga, Bundesverband) für die Überarbeitung des Teilbereiches Immunologie der Versorgungsmedizinischen Grundsätze zu benennen.
- Schreiben des DBR vom 12. März 2014 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, für Benennungsvorschlag aus dem Bereich HNO in Überarbeitung des Teilbereiches der Versorgungsmedizinischen Grundsätze. Benannt wurde Herr Dr. med. Roland Zeh.
- Schreiben des DBR vom 22. April, ergänzt am 28. April, an Frau Bentele mit Benennungsvorschlägen für den Inklusionsbeirat: Berndt Meier (VdK), Hannelore Loskill (BAGS), Joachim Busch (Bundesvereinigung Lebenshilfe), Andreas Bethke (DBSV), Ruth Fricke (Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener Deutschland), Dr. Sigrid Arnade (ISL), Claudia Tietz (SoVD), Brigitte Faber (Weibernetz e. V.), Andreas Kammerbauer (Deutsche Gesellschaft der Hörgeschädigten).
- Schreiben des DBR vom 30. April an das BMAS zur Benennung von Herrn Erwin Denninghaus (DBSV) für den Ausschuss zu Fragen behinderter Menschen beim Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Schreiben des DBR vom 24. Juni an das BMAS mit folgenden zehn Benennungsvorschlägen für das hochrangige Beteiligungsverfahren Bundesteilhabegesetz: Adolf Bauer, SoVD (V.: C. Tietz); Ulrike Mascher, VdK (V.: A. Backendorf), Holger Borner, BAGS (V.: Dr. M. Danner), Hans-Werner Lange, DBSV (V.: A. Bethke), Renate Welter, Dt. Gesellschaft d. Hörgeschädigten (V.: A. Kammerbauer), Norbert Müller-Fehling, BVKM (V.: K. Finke), Ulla Schmidt, Bundesvereinigung Lebenshilfe; (V.: A. Welke), Ruth Fricke, BPE (V.: A. Henning), Dr. Sigrid Arnade, ISL (V.: B. Vieweg), Peter Braun, ABiD.
- Schreiben des DBR vom 23. Juli an das BMAS, in dem folgende Personen für die Überarbeitung des Teilbereiches Taubblindheit der Versorgungsmedizinischen

Grundsätze benannt werden 1.) Herr R. Delgado 2.) Herr Prof. Rüther, 3.) Herr Prof. Gross.

- Schreiben des DBR vom 26. August an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Nominierung von Martina Puschke als ordentliches Beiratsmitglied sowie Herrn H.-Günter Heiden als Stellvertreter für den Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.
- Schreiben des DBR vom 9. September an die ASMK, Gesundheitsminister- sowie Justizministerkonferenz, in der die Benennung einer behinderten Expertin für die Länderkommission zur Verhütung von Folter vorgeschlagen wird.
- Schreiben des DBR vom 25. September an das BMAS, in dem für den wissenschaftlichen Beirat zum Teilhabebericht der Bundesregierung Frau Prof. Köbsell, Dr. Bach sowie Dr. Sieger vom DBR vorgeschlagen werden.

j.) Bearbeitete Bürgerbriefe

83 Anfragen wurden beantwortet.

k.) Website des DBR

Fortlaufende Pflege des DBR-Internetauftritts: Veröffentlichung von Positionspapieren Pressemitteilungen, Vermerken und Fotos zu hochrangigen politischen Gesprächen des DBR, Aktualisierung von personalen Informationen etc., Abruf möglich unter http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID25032.

2. Aufgabenverteilung der Abteilung Sozialpolitik (Stand: Februar 2015)

Ragnar Hoenig
Abteilungsleitung, Referat I
Tel.: 030-726222-122
ragnar.hoenig@sovd.de
Gesamtkonzeption
Grundsatzfragen
Sozialpolitischer Ausschuss,
Bundesvorstand, Präsidium

Claudia Tietz
Referat II
Tel.: 030-726222-128
claudia.tietz@sovd.de
Politik für Menschen mit Behinderungen
Soziales Entschädigungsrecht
Arbeitskreis
POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN/SOZIALES ENTSCHÄDIGUNGSRECHT

Vedran Kundačina
Referat III
Tel.: 030-726222-124
vedran.kundacina@sovd.de
Rentenpolitik
Seniorenpolitik
Arbeitskreis
SOZIALVERSICHERUNG

Fabian Müller-Zetzsche
Referat IV
Tel.: 030-726222-199
fabian.mueller-zetzsche@sovd.de
Gesundheitspolitik
Pflegepolitik
Arbeitskreis
PFLEGE

Dr. Simone Real
Referat V
Tel.: 030-726222-108
simone.real@sovd.de
Frauen- und Familienpolitik, Gleichstellung, Migration, Ehrenamt
Bundesfrauenausschuss
(Teilzeit)

Gabriele Hesseken
Referat VI
Tel.: 030-726222-126
gabriele.hesseken@sovd.de
Armut und Reichtum
Verteilungsgerechtigkeit
Arbeitsmarktpolitik
(Teilzeit)

Maik Theede-Fagin
Jugendreferat
Tel.: 030-726222-127
maik.theede-fagin@sovd.de
SoVD-Jugend
Jugendpolitik
Bundesjugendvorstand
(Teilzeit)

Gabriele Paffenholz
Tel.: 030-726222-121
gabriele.paffenholz@sovd.de
Sekretariat Abteilungs-leitung, Referate I und IV
Leitung Sekretariat
Sozialpolitischer Ausschuss,
Arbeitskreis PFELGE

Sarah Jahn
Tel.: 030-726222-123
sarah.jahn@sovd.de
Sekretariat Referat II
Arbeitskreis POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN
(Teilzeit)

Elke Bröcker
Tel.: 030-726222-125
elke.broecker@sovd.de
Sekretariat Referate III, V und VI
Bundesfrauenausschuss,
Arbeitskreis SOZIAL-VERSICHERUNG

Sozialverband Deutschland (SoVD)

Stralauer Straße 63
10179 Berlin

Tel. (030) 72 62 22 - 0
Fax (030) 72 62 22 - 311
kontakt@sovd.de

www.sovd.de | www.sovd-tv.de